

# Bräuer-Zeitung.

Offizielles Organ des Centralverbandes deutscher Bräuer und verwandter Berufsgenossen.

Erscheint jeden Sonnabend. — Abonnement für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 1,50 Mark, für das Ausland 2 Mark, pro Quartal. — Inserate die fünfgehaltene Beitzteile 20 Pfg.

Redaktion: R. Wiehle, Linden-Gannover.

Sämmtliche Briefe sowie Geldsendungen sind zu adressiren: R. Wiehle, Linden-Gannover, Falkenstr. 28. Postzeitungsliste: Nr. 1187.

Nr. 14.

Hannover, den 4. April 1896.

6. Jahrgang.

## Kollegen! Werbet unablässig Mitglieder für den Verband!

### Erster österreichisch-ungarischer Bräuer- und Fassbinder-Kongress.

Wie an dieser Stelle wiederholt bekannt gegeben, tagt in der prächtigen Donaustadt Wien, während der Osterfeiertage, ein Kongress der Bräuer, Fassbinder, Bierführer und Hilfsarbeiter aus allen Theilen Oesterreich-Ungarns.

Die provisorische Tagesordnung läßt auf bedeutende Debatten schließen.

Wir unsererseits nehmen den regsten Antheil an den Verhandlungen und hoffen und wünschen, daß dieselben zum Segen der vertretenen Branche ausfallen möchten, damit die schlechte Lage unserer österreichischen Genossen sich bessere.

In diesem Sinne begrüßen wir den Kongress mit aufrichtiger Freude und rufen den Delegirten ein herzliches Glückauf zur Arbeit und zum erspriechlichen Verlauf der Verhandlungen zu!

### Ostern.

„Man soll den Tag nicht vor dem Abend loben,“ doch wenn nicht alles täuscht, dann verdient das diesjährige Osterfest ein Auferstehungsfest im wahrsten Sinne des Wortes genannt zu werden. Während uns in früheren Jahren, um Ostern, ja auch Frühlingshoffnungen den zu Ende gegangenen Winter vergessen machten, war von dem Frühling selbst doch oft genug sehr wenig zu merken. Wie ganz anders in diesem Jahre. Schon der Winter machte gegen seine Vorgänger eine Ausnahme und war ungewöhnlich mild. Es war dies ein Glück und Segen für die Armen und Aermsten unserer Mitmenschen. Auch die Arbeitslosigkeit war nicht so groß wie in strengen Wintern, und so machten sich auch Noth und Elend nicht so schreiend geltend.

Und nun hat der Frühling selbst Einzug gehalten. Eine Reihe schöner Tage haben die Natur bereits aus dem Winterschlaf erweckt und grüne Sträucher und knospende Bäume erfreuen unser Auge; und wenn der April, dieser launische „Erreaktionär“, nicht einen Strich uns durch die Rechnung macht, so haben wir einen Frühlingsbeginn, wie bei uns selten vorkommen dürfte.

Nicht so gut, wie es die Mutter Natur mit uns Allen meint, die ja für ihre Geschöpfe immer auf das Beste sorgt, meinen es die Menschen selber untereinander. Ein kleiner Bruchtheil dieser Menschen hält sich für berechtigt, ihre Mitmenschen nicht nur von allen höheren Genüssen des Lebens vollständig auszuschließen, sondern will ihnen selbst das zum Leben Nothwendigste vorenthalten. Das Widerwärtige und Widernatürliche in diesem Kampfe aber ist, daß diejenigen, die sich alles aneignen, nicht arbeiten, während die, die leer ausgehen und ihr ganzes Leben hindurch mit Noth und Entbehrungen zu kämpfen haben, alles, was das Leben schön macht, erst schaffen. Der Gipfel der Widersinnigkeit wird aber dadurch erreicht, daß die besitzende Klasse behauptet, das müsse so sein, das sei die von Gott gewollte „Weltordnung“.

Bei dieser „göttlichen“ Weltordnung kommt es der herrschenden Klasse vor allen Dingen auf die Erhaltung ihres Privateigenthums an. Viele andere Einrichtungen, wie Familie, Religion u. s. w., verdanken dem Privateigenthum ihre Entstehung oder wurden ihm mit der Zeit dienstbar gemacht. Da aber die herrschende Klasse nur ihren Besitz im Auge hat und mit der Erhaltung desselben allein garrnicht zufrieden ist, sondern diesen auf Kosten ihrer Mitmenschen immer mehr zu vergrößern sucht, so bläht sie ihren eigenen Grundsätzen von der Unantastbarkeit des Eigenthums direkt ins Gesicht. Sind es doch Großgrundbesitzer, die den mittleren und kleinen Bauernstand zu Grunde richten, Großfabrikanten, die das Handwerk an den Abgrund des Verderbens gebracht haben, Unternehmer, die die Arbeitskraft ihrer Mitmenschen, deren einziges Eigenthum, in der rücksichtslosesten Weise ausbeuten, und diese dann unbarmherzig auf die Straße setzen. Aber auch andere Ein-

richtungen, wie Familie, Religion u. s. w., versagen der Unternehmerklasse bald den Dienst.

Freilich, wenn es sich um die Rechte der Frauen, hauptsächlich um die der Arbeiterinnen handelt, dann möchte man diesen begreiflich machen, daß sie in das Haus gehören und daß sie ihren Beruf darin zu suchen hätten, brave Hausfrauen und ordentliche Mütter zu werden. Aber diejenigen, die den Frauen, die der Arbeiterin diesen Rath erteilen, finden kein Wort des Tadelns darüber, daß die weibliche Arbeitskraft noch viel mehr ausgebeutet wird, als die männliche. Sie finden es im Gegentheil ganz in der Ordnung, daß nicht nur die Mutter aus der Familie herausgerissen und zum Erwerb gezwungen wird, sondern daß auch minderjährige Kinder ihre Jugend hinter Fabrikmauern vertrauen und dabei verkümmern, und daß die Kleinen sich oft selbst überlassen bleiben oder fremden Personen zur Aufsicht übergeben werden müssen. Wo soll denn unter solchen Umständen ein geordnetes Familienleben herkommen, und wie kann man die Eltern für das, was aus ihren Kindern einmal wird, verantwortlich machen, wenn sie diese Kinder nicht selbst erziehen können? —

Natürlich wird unter solchen Verhältnissen die Grundlage der Familie zerstört, und es ist kein Wunder, wenn die so heranwachsende Jugend geistig und körperlich verkommt. Aber die bürgerliche Klasse hat kein Recht sich über zunehmende Verrohung zu beklagen; sie hat kein Recht Enttäuschung über die immer weiter um sich greifende Sittenlosigkeit in den unteren Schichten zu heucheln, denn ganz abgesehen davon, wie es in ihren Kreisen in dieser Beziehung aussteht, so ist sie allein für alle diese traurigen Erscheinungen verantwortlich. Hat doch die bürgerliche Klasse zwischen Mensch und Mensch kein anderes Band gelassen, als das der nacktesten Interessen. Haben doch ihre sämmtlichen Ideale in dem einen Wort „Gold“ ihre Verkörperung gefunden. Sind doch ihre Ehen und ihr Familienleben im Großen und Ganzen selbst nichts anderes, als auf Gegenseitigkeit abgeschlossene Geldgeschäfte.

Aber auch die Religion, eine der Hauptstützen der herrschenden Klasse, wird immer wackeliger. Das Volk fängt allmählich an zu denken, und der simple Unterthanenverstand begreift die Formeln und Dogmen der verschiedenen Konfessionen nicht mehr, ganz abgesehen davon, was diese durch die Wissenschaft geworden sind. Nun hat ja die bürgerliche, die herrschende Gesellschaft, das größte Interesse daran, daß dem Volk die Religion, die sie meint, möglichst lange erhalten bleibt. Diese Gesellschaft weiß ganz genau, daß, sobald die Massen einmal ganz zur Erkenntniß gekommen sind, sobald sie sich von konfessionellen Vorurtheilen und religiösem Wahn befreit haben und sobald sie sich nicht mehr auf ein besseres Jenseits verlassen lassen, ein Jenseits, in das, wie bekannt, schwerlich ein Reicher kommt, auf das diese Reichen in ihrer großen Mehrzahl aber, an und für sich „großmüthig“ verzichten, daß dann diese Massen der herrschenden Klasse nicht mehr Gefolgschaft leisten.

Und so wacht man mit einer geradezu rührenden Sorgfalt darüber, daß das Volk vor dem „Verderben“ der Glaubenslosigkeit bewahrt bleibt. Diese Sorgfalt hat sich ganz besonders bei der Bewegung der sogenannten „Schwärmgeister“ bei den Christlich-Sozialen gezeigt. Einige jüngere Geistliche Naumann'scher Richtung sind nicht mit allem, was Stumm und Köhntzen den Arbeitern bieten, einverstanden, und da auch sie, wenn auch etwas schüchtern, für die Unterdrückten einzutreten wagten, dann wurden sie als „Ketzer“ erklärt, geeignet die „Grundfesten“ der bestehenden „Ordnung“ zu erschüttern, und sie wurden gleich den Sozialdemokraten in Acht und Bann gethan. Hier zeigt sich so recht, was die herrschende Klasse unter Religion versteht: eine, ihren Interessen dienende Einrichtung, und der „Diener Christi“ der sein Amt nicht in diesem Sinne aufsaßt, der wird ebenso verfolgt, wie jeder, der der herrschenden Klasse ins Gewissen redet, und für seine Nebenmenschen eintritt. Nun fühlt die bürgerliche Gesellschaft ja selbst, daß es mit ihr abwärts geht. Sie läßt sich aber um keinen Preis der Welt davon überzeugen, daß sie dieses Abwärtsgehen selbst verschuldet hat. Und so sucht sie die Ursachen außerhalb ihrer Kreise und hat auch glücklich entdeckt, daß die „Volksaufwiegler“ und „Volksverführer“ an allem Schuld seien. Da diese Klasse aber auch fühlt, daß ihre „geistigen“ Waffen zum Kampf gegen den

„Umsturz“ zu schwach und stumpf sind, so appellirt sie an die brutale Gewalt. Sie verläßt sich, als letzte Stütze, auf ihre Macht.

Und diese Macht ist groß. Sämmtliche öffentliche Aemter, sowohl staatliche wie kommunale, befinden sich fast ausschließlich in Händen der besitzenden Klasse. Die „herrliche“ Armee, die zwar aus den Söhnen des „gemeinen“ Volkes besteht, ist für die heutige Gesellschaft nicht nur eine der Hauptstützen zur Erhaltung ihrer Klassenherrschaft, sondern sie bildet zugleich eine Versorgungsanstalt für die Söhne der „Besten“ und „Edelsten“ der Nation, die die höchsten Stellen der Armee besetzt halten und für die immer neue geschaffen werden. Natürlich werden auch sie es sein, die das „Volk in Waffen“ gegen den „inneren Feind“ führen, wenn ihnen in diesem Falle das Warten nicht zu lang wird. —

Aber all' diese Macht wird die heute herrschende Gesellschaft nicht vor dem Untergang bewahren; im Gegentheil, sie wird sich dadurch nur desto früher zu Grunde richten, weil sie ihre Macht mißbraucht. Sehen wir uns nur einmal die Vertreter und Befehlshaber des deutschen Volkes im Reichstage an. Welches Bild der Verworfenheit unter den bürgerlichen Parteien selbst. Die reinste Schacher- und Interessenpolitik. Jede von diesen Parteien möchte für sich das Meiste heraus schlagen. Allen anderen voran steht auch in dieser Beziehung die Junkerpartei. Diese „Stütze“ von Thron und Altar versteht es, am meisten und lautesten zu schreien, und so erhält sie auch das Meiste.

Während nun die bürgerlichen Parteien ihre Macht einerseits dazu gebrauchen, ihrer Klasse möglichst viele Vortheile zu verschaffen, verstehen sie es andererseits, die Lasten von sich ab-, und auf die Schultern des arbeitenden Volkes zu wälzen und dieses Volk immer mehr rechtlos zu machen. Eine Reihe sogenannter „Jubeltage“, die die bürgerliche Klasse zur Erinnerung an die „großen Errungenschaften“ vor 25 Jahren gefeiert hat, liegen glücklich hinter uns. Das arbeitende Volk stand diesen Festen theilnahmlos gegenüber. Und wenn jene Klasse bedacht hätte, wie sie in den letzten 25 Jahren die Arbeiter behandelt hat, und wie sie diese durch das Sozialistengesetz, durch die Umsturzwahlvorlage und die ununterbrochenen Verfolgungen, durch Polizei, Staatsanwalt, Maßregelungen, aller Art Aussperrungen, und wie die schönen Sachen alle heißen, die Herrlichkeiten der neudeutschpreussischen Einigkeit vor Augen geführt hat, so würde sie mit ihrer „Entrüstung“ etwas zurückhaltender gewesen sein. Nein, das arbeitende Volk hat von der heutigen Gesellschaft nichts mehr zu hoffen, und hat nicht mehr viel durch sie zu verlieren. Die Arbeiterklasse muß sich selbst helfen. Gätten wir nicht Arbeitervertreter im Reichstag, würden diese nicht heute schon der herrschenden Klasse ein „bis hierher und nicht weiter“ zurufen, so wäre das Volk bald vollständig rechtlos. Das Wahlrecht ist noch das einzige Recht, was wir besitzen. Mit dem Vereins- und Versammlungsrecht sieht es bereits traurig genug aus. Aber auch gegen das Wahlrecht kämpfen die Ordnungswürdiger bereits an, und man weiß heute noch nicht, ob die sächsischen Wahlrechtsentzieher Nachahmer im Reiche finden. Doch jedem wie ihm wolle: Die heutige Gesellschaft wird an und durch ihre eigene Macht zu Grunde gehen, weil sie diese Macht mißbraucht.

Sind denn unsere Organisationen etwas anderes als eine Waffe gegen den Mißbrauch, den die herrschende Klasse mit ihrer Geldmacht ausübt! Müßen wir uns durch diese Organisation nicht erst bessere Lebensbedingungen erkämpfen, um so dem Mißbrauch der Gewalt wenigstens in etwas Einhalt zu thun! Und wie wir heute für bessere Lebensbedingungen im Kleinen kämpfen, so müßen wir im Großen an der Umgestaltung der ganzen staatlichen Einrichtung mitarbeiten. Wir alle müßen mitleiden, daß die Gesetze so gestaltet werden, daß sie für das ganze Volk angewendet werden können. An Stelle der Klassenengesetzgebung Volksgesetzgebung an Stelle der Klassenengerichte Volksgengerichte.

Möge auch dieses Osterfest an manchem unserer Kollegen nicht spurlos vorübergehen. Aufwachen und mitarbeiten an der Befreiung des Menschengeschlechtes, das sei unsere diesjährige Osterloosung.

Soh. Schmidt.

## Zur Reform der gewerkschaftlichen Arbeitsvermittlung.\*)

Wenn wir nochmals in die Erörterung dieser in Hinsicht auf Punkt 4 der Tagesordnung des Gewerkschaftskongresses aktuellen Frage eintreten, so gehen wir dabei von der Voraussetzung aus, daß die bisherige kommunalpolitische Entwicklung auf dem Gebiete der Arbeitsvermittlung uns keinesfalls der Nothwendigkeit überhebt, unsere gewerkschaftlichen Arbeitsnachweise auch fernerhin aufrecht zu erhalten und auszubauen. Nachdem die vor 3 Jahren aufgetauchte kommunalpolitische Aktion im Verlauf ihrer bisherigen praktischen Entwicklung fast überall die berechtigten Erwartungen und Forderungen der gewerkschaftlichen Arbeiter getäuscht und vielfach deren Interessen geschädigt hat, dürften auch die hochfliegendsten Hoffnungen derjenigen Arbeiter, die sich für kommunalpolitische Reformen begeistern, einer ernüchterten Auffassung Platz gemacht haben. Die Mehrzahl der kommunalen Arbeitsnachweise schließt jeden gewerkschaftlichen Einfluß aus, insofern ihre Aufsichtskommissionen von den städtischen Behörden, resp. den Stadtvertretungen ernannt werden; fast sämtliche Kommunalinstitute haben den praktischen Vermittlungsdienst in bürokratische Hände (Rathsangehilfen, Polizeischreiber, Militäranwärter etc.) gelegt und dadurch für praktische und soziale Bedürfnisse entwerthet, und endlich hat man fast überall diesem arbeiterfeindlichen Bestreben dadurch die Krone aufgesetzt, daß man keine genügenden Neutralitätsgarantien für das Verhalten bei Differenzen zwischen Unternehmern und Arbeitern schuf, ja, in einer Reihe von Fällen grade die Fortsetzung der Arbeitsvermittlung als notwendige Unparteilichkeit bezeichnete. Diese Entwicklung hat zwar vielen unangenehme Enttäuschungen bereitet, besonders denjenigen Kreisen, welche der politischen Aktion mit Vorliebe den Vorzug vor der gewerkschaftlichen gaben und gerade in den Arbeitsämtern den Anfang einer hoffnungsvollen sozialpolitischen Thätigkeit erblickten, indeß kann es nichts frommen, zu Grabe getragene Hoffnungen zu beklagen, wenn die Kämpfe der Gegenwart unsere ungetheilte Aufmerksamkeit beanspruchen. In diesem heillosen Wirrwarr zwischen gewerkschaftlicher und neutral-kommunaler Regelung ist es gewiß auf's Freundlichste zu begrüßen, daß der am 4. Mai d. J. zusammentretende deutsche Gewerkschaftskongress in die Verathung dieser Streitfrage eintritt, und wir erhoffen von ihm ein klärendes und entscheidendes Urtheil über das weitere Verhalten der Gewerkschaften bez. der Gewerkschaftsvertreter gegenüber den kommunalen Arbeitsnachweisen oder diesbezüglichen Projekten und über das Schicksal der gewerkschaftlichen Nachweise. Ohne dieser Entscheidung vorgreifen zu wollen, glauben wir nicht fehl zu gehen mit der Annahme, daß sich der Kongress jedenfalls für die Aufrechterhaltung der gewerkschaftlichen Nachweise, auch gegenüber den Kommuneinrichtungen, aussprechen wird; denn kann schon die beste kommunale Regelung dieselben nie völlig überflüssig machen, da uns die in keinem Berufe ausbleibenden Differenzen immer wieder auf die eigene Organisation verweisen, so wird deren fernerer Bestand zum Pflichtgebot, wenn die kommunalen Institute in der Hand bürokratischer Gewalten zu Waffen gegen die berechtigten Bestrebungen der Arbeiter benutzt werden.

Aber mit der bloßen demonstrativen Aufrechterhaltung der gewerkschaftlichen Nachweise sind die Aufgaben der Situation nicht erschöpft, wenn auch der langsam sich bemerklich machende wirtschaftliche Aufschwung die Nachfrage nach Arbeitskräften steigert wird. Derjelbe Kongress, der für die Fortführung der Gewerkschaftsnach-

weise plaidirt, wird auch berathen müssen, in welcher Weise dieselben den Bedürfnissen der Arbeitsvermittlung entsprechend zu vervollkommen sind, mit besonderer Berücksichtigung des event. vorhandenen oder zu erwartenden kommunalen Wettbewerb. Handelt es sich einerseits um die Wiedererobierung des in einer Reihe von Städten an die kommunale Arbeitsvermittlung verlorenen Terrains, so kommt andererseits die Erfahrung in Betracht, daß durch das kommunale Vorgehen die an eine geregelte Arbeitsvermittlung gestellten Ansprüche eine wesentliche Steigerung erfahren, die auch die gewerkschaftlichen Nachweise zu besseren Einrichtungen und größerem Aufwande zwingt, sofern diese ernstlich ihr Gebiet behaupten wollen. Das betrifft nicht etwa lediglich den Telephonanschluß in größeren Städten, sondern vor allem den ständigen Tagesdienst der Vermittlung und die Einrichtung ständiger Verkehrsräume daselbst, die dem Institut statt des bisherigen privaten freiwilligen Nothbehelfs einen mehr öffentlichen und dauernden Charakter geben. Da diese Vervollkommnung ohne höhere Aufwendungen in größeren Städten kaum zu erreichen ist, so muß zur möglichsten Schonung der Mittel und Kräfte eine Verbindung mit anderen gewerkschaftlichen Einrichtungen erstrebt oder eine Verschmelzung der beruflichen Nachweise zu einem einheitlichen Ganzen ermöglicht werden, wodurch sich Ansprüche und Belastung auf möglichst viele Schultern vertheilen.

Die früher so vielfach gesuchte und bewirkte Verbindung mit den Herbergslokalen ist eine reine Frage der Zweckmäßigkeit; während sich in kleineren Orten die Arbeitslosigkeit in der Hauptsache auf den Zuzug und Durchzug beschränkt, beherrscht sie die Großstadt in Permanenz und hat hier mit dem Herbergswesen nur wenig zu thun. Berberbergung ist so gut eine Aufgabe für sich, wie es die Arbeitsvermittlung ist; wenn eine jede den Ansprüchen des Bedarfs genügen soll, so ist es rathsam, sie wenigstens in der Verwaltung zu separiren. Denn die Ueberlassung der Arbeitsvermittlung an den Herbergswirth, mag sie auch aus Rücksicht auf den notwendigen Tagesdienst geschehen, hat sich fast immer als ein Mißgriff erwiesen, der zwar oft genug in kleineren Orten wegen der Abhängigkeit vom Arbeitgeber und wegen der Schwierigkeit, ständige Leiter oder Aufsichtskommissionen zu beschaffen, unumgänglich war, — der jedoch in größeren Orten, wo diese Schwierigkeiten hinweg fallen, durchaus vermieden werden sollte. Eine solche Regelung kann wegen der darin liegenden Abhängigkeit vom Gastwirth, weder dem Interesse der Arbeiter, noch dem der Arbeitgeber dienen. Die Domizilirung im Herbergs- oder Verkehrslokal war zumeist die einzig mögliche Lösung, einen öffentlichen Nachweis zu schaffen, ohne der Organisation Miethskosten aufzubürden; sie wird in denjenigen Orten, die einen ständigen Tagesnachweis nicht zu fundiren vermögen, auch fernerhin unumgänglich sein, da das Aufsuchen und Befragen des Vermittlers an Arbeitsstelle nur in den seltensten Fällen rathsam ist und als genügende Einrichtung auch nicht gelten kann. Solche primitive Einrichtungen haben eben die Gefahr der Kommunalisierung und Bürokratisierung herauf beschworen, und mit ihnen muß unbedingt gebrochen werden, wenn die Gewerkschaften ihre Selbstständigkeit auf diesem Gebiete behaupten wollen.

In Bezug auf die Organisation der Arbeitsvermittlung kommen zwei Wege in Betracht, in deren Verfolg eine Vervollkommnung zu erreichen ist, — erstens die örtliche Zentralisation aller Berufe mit Schaffung eines nach Industrie-sektionen gegliederten Zentralarbeitsnachweises, und zweitens ein zweckentsprechender Ausbau auf Grundlage der nationalen Berufszentralisation mit ständiger Verbindung der einzelnen Filialen. Für die meisten größeren Städte dürfte sich der erstgenannte am ehesten empfehlen, schon deshalb, weil er sich unmittelbar der Kommunalorganisation anschließt und deren Einrichtungen und

Erfahrungen verwerten kann. Die geeignetste Grundlage dieser Organisation dürfte das Gewerkschaftskartell oder die örtliche Gewerkschaftskommission sein; doch kann in solchen Fällen, wo sich die Heranziehung dieser Korporationen aus gewissen Gründen nicht empfiehlt, auch eine in der Öffentlichkeit freigewählte Kommission als Träger der Einrichtung dienen. Eine Gründung auf Basis der politischen Organisation ist wegen der ganz unumgänglichen offiziellen Beteiligungen der Gewerkschaften in Rücksicht auf die bez. Vereinsgesetze nicht überall zu empfehlen; auch kann der Zentralarbeitsnachweis, trotz seines öffentlichen Charakters, sehr wohl von politischen Bestrebungen freigehalten werden, ohne in seiner Wirksamkeit Beschränkungen zu befürchten; — ja, er kann sogar der politischen Bewegung wichtiges statistisches Material u. liefern, ohne mit ihr in Verbindung stehen zu müssen. Die Zentralisation der Arbeitsvermittlung muß vor Allem schon äußerlich durch gemeinsames Bureau, einheitliche Verwaltung und Tagesdienst zum Ausdruck kommen. Der Tagesdienst, der allein den modernen Bedürfnissen der Arbeitsvermittlung entspricht, erfordert natürlich die Anstellung einer ständigen Kraft, der zugleich die notwendigen statistischen Arbeiten zu übertragen sind, — unbeschadet der Gliederung nach Industriefunktionen. Die letztere beschränkt sich lediglich auf Aufsichtsführung und Einrichtung der Verwaltung; es hat darnach die Aufsichtskommission aus Vertretern aller Industrien, bezw. Berufe zu bestehen, und es sind neben dem allgemeinen Journal getrennte Bücher für die einzelnen Sektionen zu führen. Je nach der Größe des Bezirks, bezw. nach der Frequenz kann auch die Anstellung mehrerer Hilfskräfte benötigt werden und dann kann auch im Vermittlungsdienst den Ansprüchen der einzelnen Industrien mehr Rücksicht getragen werden. Unbedingt zu vereinigen mit der Arbeitsvermittlung ist die Pflege der Arbeitsstatistik, deren einzelne Anforderungen sich aus der Praxis von selbst ergeben.

In größeren Städten erhalten die Kartellvorsitzenden oder andere Hilfskräfte schon jetzt Entschädigungen für besorgte Arbeiten und Versäumnisse, desgleichen die Gewerbegerichtsbeisitzer für ihren Dienst in gewerbegerichtlichen Auskunftsstellen. Zwar würde ein solcher Beisitzer aus dem Gewerbegerichtscollegium auszuschleiden haben, sobald er nicht mehr in einem gewerblichen Arbeitsverhältnisse steht; wohl aber könnte deren besoldeter Nebenverdienst einer ständig angestellten Kraft übertragen werden, wodurch die erforderlichen Mehrausgaben keine allzu hohen sein würden, während andererseits die Verfügung über eine solche Kraft den Einfluß der Organisationen unendlich fördern würde. Diese Erweiterung der Aufgaben des Instituts würde ganz naturgemäß auf den Boden der Arbeitersekretariate führen, wie ein solches zum Nutzen der Arbeiterschaft in Nürnberg besteht; dasselbe kann jedoch nicht im vollen Umfange als Beleg dienen, da es sich mit der Arbeitsvermittlung nicht befaßt, sondern lediglich als Auskunftsbureau und statistisches Amt fungirt; auch beruht es nicht auf rein gewerkschaftlichen Grundlagen, sondern stützt sich auf die gesamte Arbeiterschaft. Damit ist jedoch nicht ausgeschlossen, daß nicht anderwärts auch die Errichtung von Arbeitersekretariaten auf gewerkschaftlichem Boden mit den Hauptaufgaben der Arbeitsvermittlung, Statistik und Auskunftsvertheilung möglich wäre, wie die Magdeburger Gewerkschaften ein ähnliches Institut in ihrem Zentralarbeitsnachweis angebahnt haben. Unseres Erachtens dürfte die Beschaffung der Kräfte mehr Schwierigkeiten machen, wie die der Mittel. Selbstredend ist es durchaus nicht notwendig, die Einrichtung fix und fertig ausgebaut am Eröffnungstermin ins Feld zu stellen, denn der Ausbau findet sich erst im Verlauf der günstigen Entwicklung; indeß sind doch die Grundlagen derart zu wählen, daß ein Ausbau überhaupt möglich ist. Die Angliederung anderer Bedürfnisse wird dann nur geringe Schmerzen machen.

\*) Siehe auch Nr. 41 vorigen Jahrganges der „Brauer-Zeitung“.

## Bürokratismus.

Wer nach all dem Jubiliren über die „Einigung“ des deutschen Reiches noch immer nicht überzeugt ist, daß wir in der besten der Welten leben, dem ist wahrlich nicht zu helfen. Allerdings giebt es ja noch gewisse Kreise, für die eine soziale Frage nicht existirt. Man genießt dort die Vorrechte des Besitzes in vollen Zügen, nach dem alten und neuen Grundsatz „Man lebt nur einmal“, ohne sich auch nur um die primitivste Moral zu bekümmern, die, wie man genugsam hört, nur für das gemeine Volk da ist. — Aber was thut das Alles — können wir nicht trotzdem vollauf zufrieden sein?

Die Staatsweisheit ist auf dem höchsten Gipfel angelangt und feiert Triumphe. Die Beamten sind nach dem Zeugniß des deutschen Musterprofessors Sohn so geschickte Leute; sie vertreten die Interessen der Arbeiter, ja mehr noch, sie sind es, die den deutschen Staat geschaffen haben. Die gelehrtesten Männer arbeiten über zwanzig Jahre, um dem deutschen Volke ein bürgerliches Gesetzbuch zu schaffen, das außer seinen Schöpfern, ja nicht einmal alle diese, niemand befriedigt.

Und trotzdem unsere Staatsstücken immerwährend bemüht sind, durch Gesetze, Verordnungen und Polizeimaßregeln, die „Ordnung“ zu schütten, ist das undankbare Volk doch nicht zufrieden und seine Vertreter wagen sogar die Reden und Handlungen der Regierung einer scharfen Kritik zu unterziehen. Da zeigt sich denn gar häufig, mit wie geringer Weisheit oben und unten die Welt regiert wird, vor allem aber, bei entscheidenden Fragen.

Wie wenig der militärisch-bürokratische Geist, der nun einmal in Preußen-Deutschland die Oberhand hat, geeignet ist, Vertrauen im Volk zu erwecken, das sehen wir Tag für Tag. Durch Formalismus und Mechanismus sind die unteren Stellen gebunden und halten sich in den alten gewohnten Geleisen, dabei neue wichtige Gebiete des Lebens ganz unberücksichtigt lassend. Die leitenden Staatsmänner aber haben keine Ahnung von den Bedürfnissen der Gegenwart. Neben

Bedürfnissen und Forderungen, die sich aus der fortschreitenden Entwicklung der Menschheit ergeben haben, stehen sie rathlos gegenüber.

Durch die wirtschaftliche Entwicklung der letzten zwei Jahrzehnte sind ganz neue Parteien, neue Kräfte entstanden, vor denen die Bürokraten und Schablonenmenschen in Bestürzung gerathen und sich nicht anders zu helfen wußten, als nur noch fester sich an ihre alten Schablonen zu klammern. Der Gegensatz zwischen der herrschenden und besitzenden Klasse einerseits und dem Proletariat andererseits wird von Tag zu Tag größer, ohne daß dem Beamten kaum die Triebkraft dieser Entwicklung klar zum Bewußtsein kommt. Die Bürokratie kann heute nicht mehr volksthümlich sein, denn hundert Bande fesseln sie an die bestehende Klasse, deren Interesse sie eifrig vertritt; nur Nothgedrungen macht man dagegen den unteren Klassen Zugeständnisse. Demgegenüber ist es nur zu verwundern, daß naive Gemüther sich noch heute der Hoffnung hingeben, die Bürokratie könnte irgend etwas zur Vermittlung der in der Bevölkerung bestehenden Gegensätze thun. Allgemein sollte man sich doch darüber klar geworden sein, daß Beamtenthum und Regierung die soziale Frage nicht lösen können; denn alle Bemühungen, die von dieser Seite ausgingen, haben nur dazu beigetragen, die Sozialdemokratie zu schütten und zu festigen.

Es ist nicht zu leugnen, daß infolge der 48er Revolution die Macht und der Einfluß der Bürokratie, durch die Scheidung der Justiz von der Verwaltung, bedeutend geschwächt worden ist. Aber seit dem letzten siegreichen Kriege hat sich die Kluft zwischen dem Beamtenthum und dem Volk immer schärfer ausgebildet, dank zweier spezifisch deutscher Eigenthümlichkeiten, nämlich dem Streben des deutschen Bürgers nach einem Staatsamt, und dem damit zusammenhängenden Militarismus. Die Sucht, in eine von der Regierung abhängige Stellung zu kommen, bringt das widerwärtigste Streberthum hervor, man giebt die eigene Meinung auf, nur um einen gut dotirten Staatsposten zu bekommen. In allen von der Regierung abhängigen Stellen

wird nun der Offizier unter Berücksichtigung seines militärischen Ranges bevorzugt. In Preußen-Deutschland ist der Offiziersstand zum ersten Stände herausgeschraubt worden und er steht mit Hochmuth auf die bürgerlichen Kreise herab, dabei natürlich soviel als möglich jede Berührung mit dem Bürgerpack vermeidend.

Seitdem der Offizier in den Mittelpunkt der Gesellschaft gestellt wurde, sein rother Kragen mehr galt, als wissenschaftliche Bildung, ist das Streben der studirenden Jugend, sowie des gesamten Beamtenthums darauf gerichtet, im Militär einen gewissen Rang einzunehmen, sei es auch nur den eines Reserveoffiziers. Damit allein hat man ja die Unarbeitsfähigkeit und die Befähigung für die höchsten Staatsämter erworben.

Unser ganzes Beamtenthum trägt militärischen Zuschnitt; militärische Ansichten und Begriffe sind für jeden Beamten maßgebend. So wurden kürzlich bei einer Ordensverleihung die Namen der Dekorirten mit der Bezeichnung ihres militärischen Ranges im Reichsanzeiger genannt, ihr bürgerlicher Beruf kam erst in zweiter Linie; der Oberlehrer Müller mußte zurücktreten vor dem Reserveleutnant Müller.

An die Stelle der alten Charakterfestigkeit des Beamten, welcher die persönliche Selbstständigkeit von den Berufsaufgaben schied, ist die neupreußische Schneidigkeit getreten, die namentlich bei der Polizei sehr ausgeprägt ist. Hier gewinnt es oft genug den Anschein, als seien die Bürger der Polizei und Beamten wegen da, nicht umgekehrt. Der neue Bürgermeister von Mainz hielt es sogar für nothwendig, den Polizeibeamten besonders einzuschärfen, daß sie das Publikum anständig zu behandeln hätten. Fälle von polizeilicher Rücksichtslosigkeit und Willkür werden namentlich aus dem gesegneten Preußen, nur zu häufig berichtet.

Die bürgerliche Presse wagt nur sehr selten polizeiliche Uebergriffe, und zwar in möglichst milder Form zu melden. Einzig die sozialdemokratischen Blätter und hin und wieder ein bürgerlicher Publizist schreiben rücksichtslos über die bestehenden Mißstände.

Von den letzteren sind es besonders zwei Männer,

Die zweite Möglichkeit der Verwirklichung gründet sich auf die bisherige Basis der Berufsorganisation. In vielen abgeschlosseneren Berufen wird der streng berufliche Arbeitsnachweis noch lange Zeit das Übergewicht behaupten, insbesondere bei den Brauereien. Für solche Gewerbe, die sich der weitesten Freizügigkeit erfreuen, bietet der berufliche Zentralarbeitsnachweis, der sich mit seiner Zentralverwaltung an die Organisation anlehnt, unauflösbare Vorteile; indes ist die Basis eines einzelnen Berufs meist nicht kräftig genug, Einrichtungen mit ständigem Tagesdienst zu schaffen, die sich bloß auf die Arbeitsvermittlung beschränken. Für größere Filialen bietet sich jedoch die Möglichkeit, den Verwaltungsdienst der Filiale zweckentsprechend mit der Arbeitsvermittlung zu verbinden, was insbesondere bei Organisationen mit lebhafter Unterstützungsfrequenz ansehnlich ins Gewicht fällt. So werden vor allem diejenigen Organisationen, die ihren Mitgliedern arbeitslosen-Unterstützung und Reise-Unterstützung zahlen, an der eigenen und nachhaltigen Regelung der Arbeitsvermittlung ein besonderes Interesse haben, da ja der Zusammenhang zwischen den Aufwänden der Arbeitslosigkeit und der Möglichkeit ihrer Verminderung durch rechtzeitige Arbeitsnachweisung klar zu Tage liegt. Diesen Zusammenhang wird auch der Gewerkschafts-Kongress in Rücksicht zu ziehen haben, sofern er zu einem Empfehlungsvotum für die arbeitslosen-Unterstützung gelangt. Für die größeren Industrieverbände, deren Filialen Hunderte von Mitgliedern zählen, wird es nicht allzu schwer sein, örtliche Verwaltungsstellen mit ständigem Tagesdienst zu schaffen; je weiter sich die Gewerkschaften entwickeln, desto mehr wird es sich als notwendig erweisen, dauernde Einrichtungen zu schaffen, die der Organisation ein festes Geßige und ständigen Halt verleihen; auch aus tatsächlichen Gründen ist die Verfügung über eine Kraft, die der Organisation ihre ganze Thätigkeit widmen kann, von eminentem Vorteil. In Berlin haben schon eine Reihe der größeren Berufe ständig besoldete Hilfskräfte für ihren Verwaltungsdienst, hauptsächlich in Rücksicht auf die Arbeitsvermittlung, angestellt, und eine nachhaltigere Unterstützung dieses Modus in allen Großstädten, deren Mitgliederzahl eine genügende Basis gelten kann, seitens der Zentralverbände würde diesen auch einen bestimmenden Einfluß auf solche Einrichtungen einräumen, der jedenfalls im eigenen Interesse der Verbände liegt.

Damit ist zwar nicht behauptet, daß die örtliche Zentralisierung der Arbeitsvermittlung eine Wahrnehmung der mit der arbeitslosenunterstützung verknüpften Interessen ausschließt; wie das Beispiel der Magdeburger Gewerkschaften beweist, läßt sich auch die Auszahlung der arbeitslosenunterstützung ganz gut örtlich zentralisieren, wenn es auch den Verwaltungsdienst weit komplizierter gestaltet. Was jedoch ein für alle Male feststeht, das ist die Tatsache, daß die arbeitslosenunterstützung zahlenden Gewerkschaften nicht auf die gewerkschaftliche Arbeitsvermittlung zu Gunsten der kommunalen Regelung verzichten können, da die bisherigen und die weitere Ausgestaltung der kommunalen Nachweise in bürokratischer Leitung eine genügende Wahrnehmung der gewerkschaftlichen Interessen nicht gestattet. Die gewerkschaftlichen Nachweise werden also unter allen Umständen aufrecht zu erhalten sein. In welcher Richtung sie zu vervollkommen und den gesteigerten Bedürfnissen der Gegenwart anzupassen sind, das wird die gründliche Diskussion dieser Frage, die der Gewerkschaftskongress hoffentlich bei der Beratung für und wider die kommunalreform nicht unberücksichtigt lassen wird, ergeben. U.

### Streberpraktiken.

Unter dieser Spitzmarke sind wir genötigt, heute

welche in letzter Zeit, jedenfalls angeregt durch die Mitteilungen der sozialdemokratischen Presse, in zwei Broschüren die Zustände in der preussisch-deutschen Bureaucratie schilderten: Fritz Anders und der bekannte Sozialpolitiker Jentsch.

Der erstere giebt in seinen „Skizzen aus unserem heutigen Volksleben“ ein köstliches Bild von dem toten Verwaltungsmechanismus und den Irrgängen bürokratischer Beisheit. Seine Schilderungen werfen ein grelles Licht auf die Zustände in der Verwaltung.

Die Wohlthätigkeitsanstalt, die auf dem Papier prachtvoll eingerichtet ist, weist in Wirklichkeit die ärgste Mißwirtschaft auf, in der selbst das Nöthwendigste fehlt. Um eine zerbrochene Schulbank reparieren zu lassen, werden 4 Magistrate, 4 Plenar- und 11 Kommissionsitzungen mit zahllosen Debatten abgehalten, bis endlich die Schüler, welche inzwischen gestanden oder auf Bierfässern gesessen hatten, eine neue Bank bekamen. Eine ganze Reihe von Erzählungen schildert uns die Weisheit bäuerlicher Gemeinderäte, ihren Eigensinn, Hartherzigkeit, Gemeinheit, Urtheilslosigkeit u. s. w.

Anders sein Verdienst beruht hauptsächlich darin, alle diese Dinge in so besonders anziehender Form dargestellt zu haben. Trotzdem er sowohl als auch Jentsch nicht daran denkt, die Konsequenzen aus ihren Darstellungen zu ziehen und für eine Beseitigung der ganzen heutigen Wirtschaftsweise einzutreten, sind diese Broschüren doch von großem Interesse. Sie zeigen, wie selbst in den Kreisen der bürgerlichen Gesellschaft die Kritiker des heutigen Systems erstehen und wenn auch nicht zur grundlegenden Umgestaltung, so doch zu weisen Reformen mahnen.

Die Schrift von Jentsch\*) behandelt in erster Linie die Rechtsprechung, widmet aber dabei einen sehr großen Theil der Polizei und Verwaltung. Der Verfasser ist der

einmal unsere Zeitung zu benutzen. In friedlichem Zusammenarbeiten auf der Viktoria-Brauerei in Bochum die Kollegen schon eine geraume Zeit. Man achtete und schätzte sich gegenseitig und vor allem erfreute sich der Kollege Carl Mellering, unser zweiter Vorkämpfer, allgemeiner Hochachtung, denn alle athmeten erleichtert auf, da unter der Knute des früheren Oberburschen das Arbeitsverhältnis ein geradezu unerträgliches war. Dieser frühere Oberbursche ließ sich vom Herrn Braumeister Bartel als Werkzeug benutzen, die Leute in der rücksichtslosesten Weise auszunutzen und je nach Belieben des Herrn Braumeisters Leute, die schon jahrelang ihre Kraft der Brauerei widmeten, in der schamlosesten Weise brotlos zu machen. Natürlich fehlte es an schönen Versprechungen von Seiten des Herrn Braumeisters nicht. Aber nur so lange, bis er seinen Zweck erfüllt hatte und dann wurde der bei allen Bochumer Kollegen in gutem Andenken stehende Oberbursche Weisner als ausgebrauchtes Werkzeug ebenfalls über Bord geworfen und unter Schande und Spott mußte er das Geschäft verlassen. Wie steht es heute mit ihm? Dieser famos Herr hatte sich als Oberbursche das Ziel gesteckt und hat es ja auch offen ausgesprochen, alle Verbandsmitglieder sofort zu entlassen. Er äußerte sich überhaupt den Kollegen gegenüber in der schamlosesten Weise. Doch dieser gesellenstolze Mann hat später zum Gaudium seiner früheren Mitarbeiter in Bochum Steine geklopft und heute — sitzt er im Gefängnis. Diesem Menschen aber ist es allenfalls noch zu verzeihen, da er sich nur durch fortwährendes Schüren von Seiten des Herrn Braumeisters dazu hinreißen ließ. Nachdem aber Kollege G. M. die Stelle eines Oberburschen übernahm, der sich als Vorgesetzter durch sein unparteiliches und ehrenvolles Auftreten die Sympathie Aller erworben hat, war das Zusammenarbeiten der Burschen wieder ein ganz anderes, jeder ging mit Lust und Freude an seine Arbeit und der Braumeister schenkte seinem Oberburschen volles Vertrauen. So ging das gute Einvernehmen bereits ein volles Jahr. Da kam im Dezember v. J. der Brauer Albin Steiner auf die Viktoria-Brauerei von der bekannten Dortmunder Union-Brauerei und schon den ersten Tag fiel den Kollegen das anmaßende Benehmen dieses Menschen auf. Aber kaum einige Tage im Geschäft machte er den Oberburschen darauf aufmerksam, daß er es bei ihm zu gut hätte, er wäre das gar nicht gewöhnt, es wäre ihm lieber, wenn es recht toll zuginge. Der Friede unter den Burschen wurde durch dieses Großmaul ebenfalls gestört, da er es in meisterhafter Weise verstand, die Burschen hintereinander zu hegen. Damit aber begnügte sich dieser Mensch nicht, sondern sein Streben ging weiter, indem er dachte, Oberbursche zu werden. Er schreckte deshalb vor keinem Mittel, auch dem aller verwerflichsten, der Lüge, nicht zurück. Gleich die ersten Tage seines Daseins ließ er, natürlich unbemerkt, zum Braumeister, um den Oberburschen in ein schlechtes Licht zu stellen, was ihm auch zum größten Theil glückte. Fortwährend suchte nun der Braumeister das Verhalten seines Oberburschen zu tadeln, bis diesem endlich die Geduld ausging und er über das sonderbare Gebahren desselben Aufklärung verlangte. Es stellte sich dann auch heraus, daß Steiner, um zu seinem Ziele zu gelangen, sich der unverschämtesten Lügen bediente. Nun könnte man doch erwarten, daß dieser Mensch seine Arbeit wenigstens ordentlich verrichten würde, um zu zeigen, daß er etwas leisten kann. Aber weit entfernt verrichtete er die ihm zugewiesene Arbeit so erbärmlich, daß sich der Oberbursche wiederholt genötigt sah, ihn dieselbe Arbeit noch einmal machen zu lassen. Als aber auch dieses nichts nützte, wurde der Braumeister darauf aufmerksam gemacht, und dieser sah sich gezwungen, ihn nur zu den allgeringsten Arbeiten heranzuziehen. Dieses hinderte aber den Steiner nicht, sondern er trieb sein schamloses Schmarozgen weiter. Nun ereignete es

sich, daß Steiner nach einer durchlebten Ballnacht die Zeit verließ, trotzdem der Oberbursche ihn 3mal weckte und ihm auch nichts nachtrug. Dies konnte jedoch dieser Mensch nicht begreifen, und das erste war, daß er zum Braumeister lief, um diesem vorzutragen, er würde hier zu gut behandelt. Man muß sich wirklich wundern, daß der Braumeister von einem erst in eine Brauerei hineingetroffenen Menschen „mit solchem Charakter“ Berichte über bewährte Güte annimmt. Natürlich wurde Steiner schließlich entlassen, weil sich sämtliche Burschen über ihn beschwerten, er erhielt aber trotzdem eine gute Empfehlung vom Herrn Braumeister. Bevor er ging, hielt er es noch für notwendig, alle geringfügigen Vorkommnisse im Geschäft dem Braumeister zu unterbreiten, wobei er u. A. bemerkte, wenn der Oberbursche wäre, würde er die jungen Leute noch ganz anders durcheinanderjagen. Nun wirft sich uns die Frage auf: Wie verhalten wir uns gegenüber solchen Elementen? Kollegen allerorts, merkt Euch derartige Wiedermänner und solltet in irgend einem Orte ein solcher eintreffen, dann werdet Ihr schon wissen, wie Ihr Euch zu verhalten habt. Besonders mögen die Kollegen auf diesen Herrn ihr Augenmerk richten, damit demselben, falls er es versuchen sollte, sich in irgend eine Zahlstelle einzuschmuggeln, sofort klarer Wein eingeschenkt werden kann. Steiner ist zur Zeit auf der Hönig-Brauerei in Dortmund. Kommentar überflüssig. C. D.

### Korrespondenzen.

Zur Beachtung! Die verehrlichen Einsender von Berichten werden ersucht, dieselben nur auf 3malen Papier und nur auf einer Seite zu beschreiben.

**Hannover.** Montag, den 23. März, starb nach 5-tägiger Krankheit in einem Alter von 34 Jahren und 1 Monat unser Kollege Armin Wenzel. Der Verstorbene war ein eifriger Verehrer unserer Sache, er war längere Zeit Schriftführer des Verbandes und ein guter Gesinnungsgenosse, wovon die zahlreiche Kranzspende, sowie die Beteiligungen der Kollegen und Freunde, welche ihn zu letzten Ruhestätte geleiteten, ein beredtes Zeugnis ablegten. Der Gesangsverein der Brauer brachte ihm zu Ehren, da er auch längere Zeit Gesangsbruder war, im Trauerhause sowie auf dem Friedhofe noch einige Trauerlieder dar. Der Verstorbene hinterläßt eine Wittve mit 3 unmiündigen Kindern in sehr gedrückter Lage, da derselbe schon seit fünf Jahren mit den größten Schicksalsschlägen zu kämpfen hatte. Es war ihm nicht mehr möglich, eine Brauereiarbeit zu bekommen, so daß er bald sein Brot anderweit verdienen mußte. Möge er nach so vielen schweren Tagen Ruhe gefunden haben, wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

**Wschaffenburg.** Am 22. März fand in den Zentral-sälen zum Falken eine öffentliche Brauerver-sammlung statt. Der Referent, Herr Fülle aus Würzburg, führte sein Thema leicht faßlich und beherzigend aus. Er stellte den Brauereiarbeitern ihre schlechte Lage vor und legte ihnen dar, daß nur durch die Organisation, welcher sie bis jetzt so fern standen, ihre Lage verbessert werden könne. Einen kräftigen Applaus erntete der Referent am Schlusse seines so lehrreichen Vortrages. Hierauf wurde Kollege Schmidt aus Wschaffenburg das Wort erteilt, welcher sich von den schlechten, nicht menschenwürdigen Verhältnissen der Brauereiarbeiter Würzburgs überzeugt hat. Er zergliederte den Kollegen, wie sich die Lage an einzelnen Orten nur durch die Organisation verbessert hätte. Kollege Schmidt kritisierte besonders scharf die Verhältnisse des Hof-bräuhauses in Würzburg. Am gleichen Tage mußten fast sämtliche Kollegen des Hofbräuhauses von Morgens 2-9 Uhr und Mittags von 2-4 Uhr arbeiten, nur damit

Ueberzeugung, daß es heute zweierlei Recht giebt und die Gleichheit vor Gericht und vor der Verwaltung in den meisten Fällen nur bloßer Schein ist. Der Spießbürger hat ein anderes Recht als der Proletarier, der insolge dessen noch mehr von den anderen Klassen geschieden wird. Und die jetzt bestehende tatsächliche Ungleichheit, die ihren Ursprung in der ganzen heutigen Wirtschaftsweise hat, wird noch verstärkt durch die ungleiche Die Behandlung vor der Polizei und dem Gericht. Vereins- und Versammlungsgeetze werden in ihrer ganzen Strenge nur den Arbeitervereinen gegenüber angewendet. Nur hier wird den Frauen der Zutritt verboten und jede Zusammenkunft als ein Inverbindungtreten politischer Vereine angesehen. Geht es gegen Sozialdemokraten, so wird, wie Jentsch sehr treffend anführt, den Polizisten alles geglaubt und alles erlaubt. Der grobe Unfugparagraf besteht nur für die Sozialdemokratie.

Einige kleine Skizzen, die Jentsch in seinem Buche erzählt, seien hier angeführt:

„Wollen die Arbeitslosen, um die Ausdehnung des Uebels der Welt zu offenbaren, in Professionen durch die Straßen ziehen, wie das in England Sitte ist, so wird es ihnen verboten, und thun sie es dennoch, so hauen die Polizeisoldaten ein, wie letzte Weihnachten in Amsterdam, um der Glenduskundgebung den Stempel des Aufruhrs aufzudrücken. . . . In dem schlesischen Städtchen Haynau giebt es einige Handschuhfabrikanten, die für den Export arbeiten. Diese sahen sich im Sommer 1893 durch eine Absatzstockung gezwungen, den Betrieb fast auf vier Monate einzustellen. Davon wurden gegen 300 Arbeiter mit über 400 Familienmitgliedern betroffen. Als diese nun eine Versammlung veranstalteten, um die Abfindung einer Deputation an den Magistrat zu beschließen, wurden sämtliche Gensdarmen des Kreises zur Ueberwachung dieses staatsgefährlichen Unternehmens nach Haynau befohlen und in dem benachbarten Viegnitz, so erzählte man sich wenigstens, stand ein Zug mit geheizter Lokomotive bereit, um nöthigen-

falls die in der Kaserne konsignirte Kompagnie an den Ort des Aufruhrs zu schaffen. Als ob 300 halbverhungerte und unbewaffnete Handschuhmacher in dem Militärstaate Preußen an Aufruhr denken könnten!“

„In Berlin ist jüngst ein blinder Streichholzverkäufer als Bettler aufgegriffen und bestraft worden, weil er auf der Brust ein Schild mit der Aufschrift „erblindet“ trug.“

„Jrgendwo sollte eine konservative Wahlversammlung abgehalten werden, konnte aber wegen unrichtiger Meldung nicht stattfinden; ein benachbarter Rittergutsbesitzer lud die Anwesenden zu sich ein, und die Versammlung wurde in seinem Park abgehalten. Die Herren wurden angeklagt, aber freigesprochen. Ein paar Monate später luden Arbeiter eines Städtchens desselben Regierungsbezirks Genossen zu einem Besuch ein und besprachen mit ihnen in der Wohnstube eines Schuhmachers die Veranstaltung einer öffentlichen Versammlung; der Schuhmacher wurde als Veranstalter einer polizeilich nicht angemeldeten Versammlung verurtheilt, allerdings nur zu 30 Mark.“

Alle solche Vorkommnisse, die jeder einzelne durch eigene Anschauungen und Erfahrungen noch vervollständigen kann, sind doch wahrlich nicht geeignet, das Vertrauen weiter Volkstheile gegenüber der Beamtenherrschaft zu befestigen. Im Gegentheil. Das Volk ist heute weiter, als vor 50 oder 100 Jahren, es empfindet nur zu deutlich die Ungleichheit vor dem Gesetze, und Erbitterung gegen die heutige „Ordnung“ ist die unausbleibliche Folge. Die herrschende Klasse aber ist außer Stande, den dringenden Mahnungen einzelner weiter blickender Sozialpolitiker Folge zu leisten und soziale Reformen einzuführen. Der Gegensatz zwischen Bureaucratie und Volk muß sich in dem Maße weiter zuspitzen, wie die herrschende Klasse immer rücksichtsloser den Kampf um ihre Privilegien führt. F. H.

\*) „Gedanken eines Laien über unsere Strafrechtspflege.“ (Leipzig, Brunow.)

sie die Versammlung nicht besuchen konnten. Deshalb konnte diese Versammlung nicht um 3 Uhr sondern erst um 4 Uhr eröffnet werden. Alle Anerkennung den Kollegen Würzburgs, denn obwohl dieselbe: todtmilde, waren doch fast sämtliche, welche frei hatten, gekommen um aufmerksam beiden Rednern zuzuhören. Herr Fülle und der Kollege Schmidt sind deshalb reich belohnt, daß sich der Verband durch Würzburg um eine Zahlstelle vermehrt. Wir wollen hoffen, daß die Kollegen treu und fest zu uns und zu unserer gerechten Sache halten, damit auch ihre Lage eine bessere werde. Großes Verdienst hat sich Kollege Bötz von Würzburg erworben, indem er die Vorarbeiten in echt kollegialischer Weise und mit Gewissenhaftigkeit ausführte.

**Deffau.** Am Sonnabend, den 28. März wurde im Saale des Allner'schen Restaurants eine öffentliche Versammlung der Brauer und Hilfsarbeiter abgehalten. Dieselbe war gut besucht und erntete der Referent Herr Peus mit seinem Vortrage: „Die Macht der Arbeiter, wie sie ist und wie sie sein soll“ ungetheilten Beifall. — Nach dem Vortrage wurden örtliche Angelegenheiten besprochen und waren es wieder die Brauereien von Peters, Schade und Schuler, welche den meisten Stoff zur Kritik lieferten. Die Sonntagsruhe ist in diesen drei Geschäften noch nicht eingeführt, trotzdem in dieser Sache Koll. Stelzer bereits drei Mal vor den Polizei-Inspektor geladen war. Hoffentlich wird aber in nächster Zeit Abhilfe geschaffen werden. Bei der dann folgenden Delegirtenwahl vereinigte Kollege Preuß sämtliche (17 Stimmen) auf seine Person. — Zum Schluß ließen sich noch 4 Mann in den Verband aufnehmen, worauf die Versammlung geschlossen wurde.

**Düsseldorf.** In der am 6. März abgehaltenen Monatsversammlung wurde nach Aufnahme von 6 Mitgliedern zu Punkt 2: „Wahl eines Delegirten zum Gewerkschaftskongreß“ geschritten und Kollege Wiehle mit dem Mandat betraut. Einstimmig wurde darauf dem Delegirten seitens der Versammlung folgende Resolution übermittelt: „Die heute bei Herrn Schwarz tagende Monatsversammlung des Düsseldorfer Zweigvereins erkennt die unbedingte Nothwendigkeit des Zusammenschlusses der Gewerkschaften Deutschlands an und fordert den Delegirten Wiehle auf, mit allen Kräften dahin zu wirken, daß unser Verband sich dem Schutz- und Trutzbündniß der organisirten Arbeiter Deutschlands gegen das Kapital anschließt.“ — Unter Punkt 4: „Bericht eines Mitgliedes über die Thätigkeit des Gewerkschaftskartells“ wurde von sämtlichen Rednern das Einführen der Schlafmarken verurtheilt, weil dasselbe einem Truchsystem gleichkäme und wurde das betreffende Mitglied beauftragt, dagegen zu protestiren. Nach Erledigung verschiedener Fragen erfolgte gegen 11 Uhr Schluß der Versammlung.

**Gießen.** Am Sonntag, den 29. März, tagte hier unsere Mitglieder-Versammlung. Unter Punkt 2 erhielt Genosse Drbig das Wort über das Thema: „Zweck und Nutzen der Organisation und die wirtschaftliche Lage in unserem Beruf“. Redner schilderte in klarer Weise die traurigen Verhältnisse des Brauereiarbeiters vom Eintritt in seinen Beruf an bis zu dem Zeitpunkt, wo er — krank, ausgebeutet und dem Siechthum verfallen — auf das Pflaster geworfen und damit dem Abgrund des Elends überliefert wird. Sodann führte er den Anwesenden in beredten Worten den Werth der Organisation vor Augen und forderte sie auf, treu zu derselben zu halten, da heute

an die Gründung einer eigenen Existenz kaum mehr zu denken sei, weil durch das Großkapital immer mehr kleinere und mittlere Brauereien vernichtet werden. Reicher Beifall lohnte den Redner. — Unter Punkt 3 der Tagesordnung war folgender Antrag gestellt: „Da die hiesigen Verhältnisse der Brauereiarbeiter keine glänzenden sind, wolle die Versammlung beschließen, eine geregelte Arbeitszeit und einen Minimallohn anzustreben.“ Genosse Drbig sprach sich dahin aus, daß diese gerechten Forderungen durchzuführen seien, wenn nur die Kollegen einig und muthig dafür eintreten. — Leider ist zu bedauern, daß sich an dieser wichtigen Diskussion nur immer ein paar Kollegen beteiligten. Kollegen, mit demselben Rechte, wie die Unternehmer von uns eine ordnungsmäßige Arbeit fordern, können auch wir von ihnen eine verkürzte geregelte Arbeitszeit und einen ausreichenden Lohn verlangen. Deshalb, Kollegen, kommt zu der nächsten Versammlung und äußert Euch klar und offen, daß dieser für uns so wichtige Punkt bald seine Erledigung findet! —

**Hamburg.** Die letzte Mitglieder-Versammlung wurde am 15. März im Harmonia-Gesellschaftshause, Hohe Bleichen, abgehalten. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde die Lokalfrage besprochen und beschloß man, ein anderes Vereinslokal zu suchen. — Zum 1. Punkt der Tagesordnung: „Stellung zum Gewerkschaftskongreß“, wurde Klein als Delegirter mit 87 Stimmen einstimmig gewählt und die gestellten Anträge acceptirt. — Beim 2. Punkt: „Stellung zum internationalen Brauereiarbeiterkongreß“, theilte Klein der Versammlung mit, daß auf dem letzten Verbandstage in Berlin, dem auch ein Vertreter der Brauereiarbeiter von Nordamerika als Gast beigezogen habe, beschlossen worden sei, den nächsten Verbandstag in München abzuhalten. Er führte dann ferner an, daß es nur die Vorstände und nicht die übrigen Mitglieder der Unions von Nordamerika seien, welche sich für den Kongreß interessiren, es sei daher kaum anzunehmen, daß der Kongreß von Amerika besichtigt werde. Es sei deshalb zweckmäßiger gewesen, den Kongreß anschließend an unseren Verbandstag in München abzuhalten. Diesen Ausführungen stimmten die Kollegen Deffner, Gasser und Schöllisch bei, mit der Begründung, daß in England überhaupt keine Organisation der Brauereiarbeiter bestehe; die englischen Brauereiarbeiter würden auch nach dem Kongreß kaum Anlaß nehmen, sich zu organisiren. Sie seien fast die einzige Gewerkschaft, die in England nicht organisirt sei. Sodann wählte man eine 10gliedrige Kommission zur Ausarbeitung der Anträge zum Verbandstage. — Betreffs des Sommerbergnügens beschloß man, eine Morgentour zu Pfingsten nach Bergedorf per Bahn zu machen und die eigentliche Sommertour per Dampfer nach Geesthacht. Nachdem noch einige interne Angelegenheiten erledigt waren, wurde die Versammlung geschlossen.

**München.** Am 24. d. Mts. fand im großen Saale des Depheums die gut besuchte Monatsversammlung statt. Um 8 Uhr eröffnete der Vorsitzende Gerhards die Versammlung und ertheilte, nach Verlesung des Protokolls und des Rassenberichts, dem Genossen Knieriem das Wort über das Thema: „Nothwendigkeit der Gründung eines eigenen Arbeitsnachweises wegen Nichtbenutzung des städtischen von Seiten der Besitzer.“ Nachdem der Redner in 1/2 stündiger Rede die Nothwendigkeit des Arbeitsnachweises und das Ausbeuterthum verschiedener Wirthe, durch welche die

Arbeiter um hohen Preis an die Brauereien vermittelt werden, beleuchtet hatte, faßte die Versammlung nach längerer Debatte den Beschluß, mit der Forderung an die Unternehmer heran zu treten, den ausgearbeiteten Arbeitsnachweis in seinem ganzen Umfange anzuerkennen oder den städtischen mit unseren Statuten zu benutzen. Die von verschiedenen Mitgliedern vorgeschlagenen Anträge zum Delegirten-tage wurden genehmigt. Nach Wahl von drei Delegirten, und zwar der Kollegen Gerhards, Obermeier und Wittmann und nach Erledigung verschiedener Vereinsangelegenheiten schloß der Vorsitzende um 1/2 12 Uhr die musterhaft verlaufene Versammlung.

**Regensburg.** Sonntag, den 22. März, wurde im Saale der Jakobierschenke die erste Monatsversammlung des jungen Zweigvereins abgehalten. Es hatte sich hierzu auch der Gründer desselben, Kollege Gerhards aus München eingefunden. Der Vorsitzende, Kollege Fischer eröffnete um 2 Uhr die sehr zahlreich besuchte Versammlung. Nach Einkassirung der Beiträge ergriff Kollege Gerhards das Wort, sprach seine Freude über das rasche Wachsen des Vereins aus und ermahnte die Mitglieder zu festem, innigem Zusammenhalten. Auf Klagen hin, die Sonntagsruhe betreffend, forderte Gerhards die neugewählten Vertrauensleute der einzelnen Brauereien auf, genauen und wahrheitsgetreuen Bericht über die Zeitdauer der Sonntagsarbeit zu bringen, um eine Handhabe zu bekommen, die gesetzliche Sonntagsruhe zu fordern. Der Antrag, Einführung der 10stündigen Arbeitszeit, beginnend mit der Feuertbrauerei, wurde dahin erledigt, man wolle sich bis Beginn der nächsten Subperiode gehörig stärken und dann einen eventuellen Kampf mit aller Energie aufnehmen. Die Mitglieder erklärten sich bereit, bis dahin ihr Voos noch ertragen zu wollen und sich der Stärkung und Kräftigung des Vereins zu widmen. Es ließen sich noch 20 Mann neu aufnehmen, so daß der Verein jetzt 123 Mitglieder zählt. Um 7 Uhr schloß der Vorsitzende die sehr stark besuchte Versammlung.

## Versammlungs-Kalender zc.

### Dortmund.

Am 12. d. Mts. findet Nachmittags präzis 3 Uhr die regelmäßige Monatsversammlung bei Othhus, auf dem Berge, statt. — Tagesordnung: 1. Aufnahme neuer Mitglieder und Zahlung der Beiträge. 2. Nachwahl zum Gewerkschaftskongreß. 3. Unterstützung des Gewerkschaftskartells. 4. Wahl von Vertrauensmännern und Rassenrevisoren. 5. Berathung der Anträge zum Delegirten-tage. 6. Bericht über den Stand in der Angelegenheit der Arbeitsordnung. 7. Verschiedenes. — Diejenigen, welche Beiträge bezahlen wollen, werden erucht, 1/2 Stunde vor Beginn der Versammlung zu erscheinen. Nicht aller Mitglieder ist es, in dieser so wichtigen Versammlung pünktlich zu erscheinen.

### Eberfeld.

Am Sonnabend, 4. April, Abends 8 Uhr: Mitglieder-versammlung im Lokale der Wittwe Dahmen, Karlstraße.

### Hannover.

Donnerstag, 9. April, Abends 7 1/2 Uhr: Monatsversammlung im oberen Saale des Ballhofes. Wegen der sehr wichtigen Tagesordnung muß jedes Mitglied am Platze sein. Die Reiseunterstützung wird vom 1. April ab in Wilhelm's Restaurant, Schillerstraße 4, ausbezahlt.

### Leipzig.

Sonntag, den 12. April, Nachmittags 3 1/2 Uhr: Versammlung im „Universitätskeller“, Ritterstraße 7. Um zahlreiches Erscheinen wird gebeten.

## Inserate.

### Nachruf!

Am 21. vor. Mts. starb unser Verbandskollege  
**Philipp Glüh**  
im Alter von 49 Jahren.  
Ruhe fauft!  
Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.  
Der Vorstand des Zweigvereins Frankfurt a. M.  
i. A.: Hans Thierer.

**Joh. Dohm,**  
Spezialgeschäft f. Bierbrauer,  
Kiel, Winterbekerstr. 12,  
empfeilt in bekannter Güte:  
gute, dauerhafte Hemden, bunt und normal, Unterhosen, Socken, wollene Westen, Arbeitschößen, Seiden- und Zwilmchen, Holzschuhe, Plüschschuhe, Mälerpantoffeln, große Koffer, Sandkoffer, Bierkrüge i. w. Preisliste gratis.

**Schönste Tafel-Käse.**  
5 Kilo-Postkoll — circa 100 Stück franco für 3 Mark 50 Pf., empfiehlt und versendet per Nachnahme und streng reell  
**Andreas Schomburg**  
in Stiege, Steinstrasse.

**Mannheim.**  
Halte allen Fremden und Kollegen mein  
**Gast- und Logirhaus**  
bestens empfohlen. Gute und billige Speisen und Getränke, sowie gutes und billiges Logis.  
**Jacob Theilacker,**  
H 2, Nr. 3.

## Wirtschafts-Übernahme u. Empfehlung.

Theile hierdurch meinen werthen Kollegen und Bekannten ergebenst mit, daß ich die seither von Herrn Bitterwolf betriebene Wirtschaft übernommen habe. Es wird mein eifrigstes Bestreben sein, meine werthe Kundenschaft durch vorzügliche Speisen und Getränke in jeder Hinsicht zufrieden zu stellen.  
Achtungsvoll

**Otto Herm. Heim,**  
Mannheim, J. 7, Nr. 3.

**Avis für Baiern:** Sonntags Schweinsbraten mit Kartoffelkloßen.

**Gasthaus „Zum kleinen Mayerhof“**  
(Centralverkehr der Brauer und Küfer)

von **Friedr. Steinmetz,**  
P 6, 17/18. MANNHEIM P 6, 17/18.

Gute Betten zu billigsten Preisen.  
Sicherer Arbeitsnachweis für Brauer und Küfer.

## Berlin.

Empfehle allen Kollegen mein neu eingerichtetes  
**Restaurant mit Centralherberge**  
Neue Friedrichstraße 20  
(Ecke Königstraße, in der Nähe des Bahnhofs Alexanderplatz).

Hochachtungsvoll  
**Fritz Preuss.**

**C. R. Wittber,**  
CHEMNITZ, Müllerstrasse Nr. 28,  
Fabrikant der altbekannten

**Chemnitzer Holzschuhe**  
desgl. Schlappschuhe,  
Plüschschuhe, Mälerpantoffeln.

**Thüringer Würstfabrik von F. W. Lindner,**  
Eisenberg i. Thür.,

Prima Cervelatwurst	per 1/2 Kilo	1,20 Mk.	) gut geräuchert.
Salami	" "	1,20 "	
Roth- und Leberwurst	" "	0,75 "	
Sülze, roth und weiss	" "	0,50 "	
Thüringer Knackwürstchen	Duzend	1,10 "	

Unter streng geschlicher Fleisch- und Erziehungsschau.

## Georg Gehrig.

Frankfurt am Main-Sachsenhausen, Schulstraße Nr. 12,  
liefert die besten nur handgestrickten Schafwoll-Socken nebst prima Leibwäsche.

## Brauer- u. Mäler-Mützen

so wie  
Hüte in sämtlichen Neuheiten der Saison empfehle bei bester Ausführung und billigsten Preisen.

	<b>Jockey-Mütze</b> in allen Farben, von 1—1.75 Mk.		<b>Strandmütze</b> in Stoff u. Seide, in jeder beliebigen Farbe, von 1.25—3.00 Mk.
	<b>Klapp-Mütze.</b> Stoffmützen von 1—2 Mk., Seide und Atlas in Schwarz und bunt 2—2.50 Mk., Rippselbe 2.50—3.00 Mk.		<b>Stiefe Brauermütze</b> in Tuch, blau und grün, von 1.75—2.00 Mk.

Dresden, Schäferstraße 53. **Carl Fiedler,** Dresden, Schäferstraße 53.